

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 30 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2783a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Altdorf am Rhein.

Nummer 66.

Dienstag den 8. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Regierung und Reichswehr.

Die Zusammenkunft der Reichswehrgenerale.

Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die augenblicklich bevorstehenden möglichen Aufgaben hatte der Reichswehrminister am Donnerstag, sämtliche Generale der Reichswehr aus allen deutschen Gauen zu gemeinsamer gründlicher Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium versammelt. Zu dieser Aussprache war auch der Reichspräsident Ebert erschienen.

Eine Ansprache des Reichswehrministers.

Minister Gessler hielt eine einleitende Ansprache, in der er die gegenwärtige Lage als eine Krisis des Vertrauens bezeichnete, die die Reichswehr infolge des Rapp-Butsches durchmachen müsse. Er betonte die schwierige Situation, in der sich die Offiziere alten Schlages befinden, da sie zum größten Teil in anderen Anschauungen erzogen seien und es gerade charaktervollen Männern schwer falle, sich ohne inneren Kampf in neue Zeiten zu finden. Es dürfe im Offizierskorps wie überhaupt in der Reichswehr keine Gefinnungsschnäffelei geben. Wenn man aber Glaubensfreiheit für sich beanspruche, müsse man sie auch anderen zubilligen. Es gehe nicht an, daß republikanisch gesinnte Offiziere von ihren Kameraden irgendeine Zurücksetzung zu empfangen. Es könne niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit sei, unter allen Umständen seine dem Staate gegenüber durch übernommene Pflicht zu tun. Das müsse von jedem militärischen Führer besonders verlangt werden. Es sei notwendig, daß wieder

zwischen Volk und Reichswehr ein Vertrauensverhältnis

hergestellt werde. Gegenüber der wirtschaftlichen Unsicherheit betonte der Minister, daß diese Unsicherheit kaum ein Ende nehmen werde, bevor wir wissen, ob wir 200.000 Mann behalten werden. Darüber solle erst in Spaa entschieden werden. Damit es zu dortigen Verhandlungen überhaupt komme, sei aber eine Hauptbedingung die Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland.

Der Minister berührte sodann die Frage, was nach den Wahlen geschehen werde, wenn eine neue Regierung nicht gleich zustande komme. Er betonte dieser Frage gegenüber als Meinung des Reichsministers, daß eine verfassungsmäßige Regierung auf jeden Fall gebildet werde. Außerdem habe nach der Verfassung der Reichspräsident die oberste Kommandogewalt über alle Truppen. Schon aus diesem Grunde könnten aus der Frage der Regierungsbildung keinerlei Schwierigkeiten für die Reichswehr entstehen. Wer sich allerdings gegen die Befehlsgewalt des Reichspräsidenten wendet, verstoße unter allen Umständen gegen die Verfassung.

Das Ereignis der Generalkonferenz.

Als Vertreter der versammelten Generale richtete der Chef der Heeresleitung General von Seeckt an den gleichfalls anwesenden Reichspräsidenten eine Ansprache, in der es u. a. heißt:

„Wir bedürfen zu unserer Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiter Kreise des gesamten Volkes, als dessen Vertretung uns die Regierung und an ihrer Spitze Sie, Herr Präsident, stellen. Wenn wir um dieses Vertrauen bitten, so geben wir dafür als Pfand die Versicherung unserer entschlossenen Treue zu der bestehenden Verfassung auf Gesetz und Verfassung.“

Der Reichspräsident an die Reichswehrgenerale.

Der Reichspräsident dankte General von Seeckt für seine Worte und betonte, daß er volles Verständnis für die heutige schwierige Lage des Offiziers habe. Die Erhaltung der Ruhe im Innern sei die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung und Erhaltung unseres Vaterlandes. Dieses Ziel erreiche man aber nur durch ruhige Entwicklung auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze; nur so könne Vaterland und Volk vor Not und Verfallung geschützt werden.

Die pommerische Reichswehr.

Sämtliche Truppenführer der Reichswehr-Brigade 2 in allen Garnisonen der Provinz Pommern und der Grenzmark Westpreußen-Posen haben erklärt, daß sie fest gewillt sind, die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff von rechts oder von links zu schützen.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Auf der Tagung des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium führte der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt bei der großen Aussprache

über die durch die Inflationsbesserung eingetretene Wirtschaftslage u. a. folgendes aus:

„Mit der Besserung der Saluta haben wir gleichzeitig vielfach ein Sinken der Preise im Ausland zu verzeichnen. Diese Erscheinungen müssen natürlich in unserem Wirtschaftsleben eine ungeheure Wirkung auslösen namentlich dort, wo die Inlandpreise sich den Weltmarktpreisen genähert haben. Dort muß die Lage sich jetzt geradezu katastrophal gestalten. Es war die unabweisbare Aufgabe der deutschen Wirtschaft, die Preise niedrig zu halten.“

Die wachsende Tendenz der Preise und die Zurückhaltung der Käufer zeigt sich gleichmäßig auch im Auslande. Die gegenwärtige Kaufkraft kann man nicht als verderblich bezeichnen, denn sie wird am ehesten auch im Kleinhandel die Preise herabdrücken.

Der Preisrückgang ist noch nicht

und seine Folgen müssen überwunden werden, selbst wenn wir dadurch auch vorübergehend zur Arbeitslosigkeit kommen. Auf den Außenhandelsabgaben müssen wir bestehen. Vielleicht sind sie in einzelnen Artikeln zu hoch. Aber die Höhe läßt sich reden. Von einer gänzlichen Aufhebung kann aber nicht die Rede sein.“

Der Minister ist der Ansicht, daß, wenn wir vor weiteren politischen Erschütterungen bewahrt bleiben, auch zu einer Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage gelangen werden.

Nach dem Minister sprach Staatssekretär Prof. Hirsch über die Möglichkeiten einer Behebung der gegenwärtigen Absatzkrise. Ein Vorschlag geht dahin, die Umgruppierung der Arbeiterkraft in solchen Gewerbezweigen vorzunehmen, von denen man weiß, daß sie für die nächste Zukunft unwirtschaftlich arbeiten werden. Es sind bisher 70 bis 80.000 Arbeiter bereits im Kohlenbergbau untergebracht worden. Weitere Scharen von Arbeitern sollen in ihm und in den übrigen Zweigen der Reproduktion Verwendung finden, besonders auch in der Landwirtschaft. Eine gewisse Möglichkeit der Produktionssteigerung besteht in der Hebung des Exportes mittels der Kreditverträge.

Ein weiterer Weg zur Behebung der augenblicklichen Absatzkrise ist nach Hirsch der, daß man für einzelne Industrien das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Anwendung bringt. In der Schuhindustrie würde sich das Verfahren z. B. so abspielen, daß man den Fabriken Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge zur Aufrechterhaltung der Produktion zur Verfügung stellt, und zwar mit den notwendigen Kantelen gegen unangemessenen Unternehmervorteil. Die Fabriken würden dann für die Beschaffung von billigem Schuhwerk, für das die Reichsschuhversorgung den Auftrag geben würde, tätig sein.

Was jeder Steuerzahler wissen muß.

Von welchem Betrag wird die Einkommensteuer gezahlt?

Das steuerfreie Existenzminimum beträgt 1500 Mark. Für jeden selbständig zu veranlagenden Steuerpflichtigen ist das steuerbare Einkommen um diesen Betrag zu kürzen. Ein unverheirateter Steuerpflichtiger zum Beispiel, dessen steuerbares Einkommen 10.000 Mark beträgt, entrichtet die Steuer von 8.500 Mark Einkommen. Das Familienprivileg gewährt für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung des selbständig zu veranlagenden Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind einen steuerfreien Betrag von je 500 Mark. Für eine fünfköpfige Familie (Etern und drei minderjährige Kinder) werden somit auf Grund des Familienprivilegs viermal 500 Mark gleich 2000 Mark in Abzug gebracht. Beträgt z. B. in solchem Falle das steuerbare Einkommen 12.100 Mark, so stellt sich das steuerpflichtige Einkommen nach Abzug von 1500 Mark plus 2000 Mark, auf 8.600 Mark.

Es ist dabei vorausgesetzt, daß keines der minderjährigen Kinder Arbeitsverdienst hat. Hat ein minderjähriges Kind Arbeitsverdienst, so ist es auf Grund dieses Einkommens selbständig zu veranlagern. Der Abzug der 500 Mark findet dann bei dem Kinde statt. Hat das Kind weniger als 500 Mark Einkommen aus Arbeit, so darf der Vater den an 500 Mark fehlenden Betrag bei der Versteuerung seines eigenen Einkommens für das Kind in Abzug bringen. Hat das Kind 500 Mark oder mehr Einkommen aus Arbeit, und zwar gleichviel, ob daneben auch Kapitaleinkommen u. dgl. vorliegt oder nicht, so ist der Haushaltungsvorstand zu keinem Abzug von seinem steuerbaren Einkommen berechtigt.

Ein über diese Vergünstigungen noch hinausgehendes Familienprivileg ist in den Fällen gewährt, in denen das Einkommen des Haushaltungsvorstandes 10.000 Mark oder weniger beträgt. Trifft diese Voraussetzung zu, so erhöht sich der steuerfreie Einkommensteuervortrag von 500 Mark für die zweite und jede weitere Person, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auf 700 Mark. Beträgt z. B. in einer fünfköpfigen Familie (Etern und drei Kinder unter 16 Jahren) das zusammengezeichnete steuerbare Einkommen des Haushaltungsvorstandes 9000 Mark, so sind von diesem Betrage abzuziehen: für den Steuerpflichtigen selbst 1500 Mark, für die Ehefrau 500 Mark, für die drei noch nicht 16 Jahre alten Kinder zusammen 2100 Mark, insgesamt 4100 Mark, so daß das steuerpflichtige Einkommen 4900 Mark beträgt.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Beschränkung der Zwangswirtschaft auf die wichtigsten Lebensmittel.

Der planmäßige Abbau der Zwangswirtschaft hat in der letzten Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geht dabei grundsätzlich von der Auffassung aus, daß die Zwangswirtschaft aufzuheben ist, sofern sie kein dringendes Erfordernis für die Versorgung der Bevölkerung mehr darstellt, und daß die Aufhebung bei Eintritt solcher Verhältnisse mit Nachdruck und Beschleunigung durchzuführen ist. Dabei erscheint es allerdings nicht zweifelhaft, daß die für die Ernährung wichtigsten Nahrungsmittel, wie Getreide, Milch usw., zur Sicherstellung der Ernährung der Zwangswirtschaft noch nicht entzogen werden können, und daß für ihre Freigabe ein bestimmter Termin noch nicht ins Auge gefaßt werden kann. Die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung steht als erste Notwendigkeit dem entgegen. Wenn aber die Befreiung der Zwangswirtschaft und die Einstellung des freien Handels die Sicherstellung der Ernährung nicht gefährden, oder gar eine Verbilligung der Nahrungsmittel zur Folge haben werden, dann soll der freie Handel auch eingeführt werden.

Die Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat diese Grundzüge bereits in großem Umfang durchgeführt. Ein großer Teil der Kriegsgesellschaften ist bereits aufgelöst, der Rest befindet sich zur Zeit in der Auflösung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird bis zum 1. August ihre bewirtschaftende Tätigkeit ganz eingestellt haben. In Verbindung mit dieser Auflösung wird die Einfuhr von frischem Obst sofort freigegeben werden mit Ausnahme von Zitrusobst und Süßfrüchten. Die Einfuhr von frischem Gemüse soll spätestens vom 28. Juni ab erfolgen, wobei ebenso wie beim Obst Vorbehalte, daß Einfuhrbewilligungen und andere Formalitäten notwendig sind, nicht gemacht werden.

Ferner ist die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier angeordnet worden. Desgleichen ist angeordnet worden der beschleunigte Abbau des Reichskommunariates für Fischversorgung. Ueber die Neuordnung der Fettwirtschaft sind Verhandlungen im Gange; im Zusammenhang damit wird der beschleunigte Abbau des Reichsausschusses für Ole und Fette erfolgen. Die Reichsfuttermittelstelle ist vollkommen aufgelöst.

Im Zusammenhang mit dem Abbau der Zwangswirtschaft ist endlich auch noch auf die Neuordnung der Kartoffelversorgung zu verweisen, bei der eine wesentliche Voderung der bisherigen Zwangswirtschaft eintreten soll. Die Sicherung für die Versorgung der städtischen Bevölkerung liegt hier bei den Städten selbst, die spätestens bis zum 19. Juni ihren Bedarf anzumelden haben, sofern sie beliefert werden wollen. Der Abschluß von Lieferungsverträgen erfolgt auf Grund dieser Anmeldung.

Die Abgeordneten der Abstimmungsgebiete.

42 Abgeordnete behalten vorläufig ihre Mandate.

Für Schleswig-Holstein, wo die Grenzfestsetzung noch nicht erfolgt ist, sowie in Ostpreußen und Oberschlesien, wo die Volksabstimmung noch nicht vorgenommen ist, werden die für die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten so lange ihr Mandat auch in dem neu gewählten Reichstag behalten, bis auch in diesen Gebieten Wahlen möglich sind. Dem neuen Reichstag werden also provisorisch angehören die bisherigen 11 Abgeordneten für Schleswig-Holstein, die 14 Abgeordneten für Ostpreußen und

Die 15 Abgeordneten für Oberschlesien, ferner ein sozialdemokratischer und ein demokratischer Abgeordneter für das westpreussische Abstimmungsgebiet. Einer ähnlichen Regelung in Eupen-Malmédy und im Saar- gebiet stehen die Friedensbedingungen entgegen.

Dem neuen Reichstag werden also bis auf weiteres folgende Abgeordnete der bisherigen Nationalver- sammlung als Mitglieder angehören:

Für den Wahlkreis 1 (Provinz Ostpreußen) die Deutschnationalen Richter und Behrens, von der Deutschen Volkspartei Graf zu Dohna, vom Zentrum Dr. Fleischer, die Demokraten Siehr, Brönnert und Vortisch, die Sozialdemokraten Braun, Frau Kahler, Götter, Wolff, Schulz, Kogbur und Steinfopf.

Vom Wahlkreis 2 (westpreussisches Ab- stimmungsgebiet) der Sozialdemokrat Gehl und der Demokrat Weinhausen.

Vom Wahlkreis 10 (Reg.-Bez. Oppeln) der Deutschnationale Hartmann, der Demokrat Pohlmann, die Sozialdemokraten Öhring, Frau Hauke, Öhrler, Blas, Becker, die Mitglieder des Zentrums Witzke, Herschel, Ehrhardt, Bitta, Sawatzki, Szepontik, Strzoda, Otonski.

Vom Wahlkreis 14 (Provinz Schleswig- Holstein und die zu Oldenburg gehörige Provinz Lauenburg) der Deutschnationale Obersohn, von der Deut- schen Volkspartei Kunkel, die Demokraten Waldstein, Blum und Fr. Baum, die Sozialdemokraten Legien, Frohme, Frau Schröder, Michelsen und Kärbis.

Das Vorspiel von Spa.

Vorbesprechungen in London und Osnabrück.

Nach Meldungen aus London ist es wahrschein- lich, daß eine Vorkonferenz der Verbündeten vor der Konferenz von Spa in Belgien zusammentritt, höchst- wahrscheinlich in Osnabrück. In amtlichen englischen Kreisen hofft man, daß Millerand vor dieser Vor- konferenz nochmals zur Beratung mit Lloyd George nach London kommen werde.

Der Kampf um die Entschädigungssumme.

„Echo de Paris“ meldet: Herr Avenol, der Finanzvertreter der französischen Regierung in Lon- don, ist nach England abgereist. Er wird dort die technischen Verhandlungen weiterführen, die in San Remo und Sythe über die Ausführung des Friedens- vertrages begonnen worden sind. Es ist möglich, daß in den nächsten Unterredungen das Prinzip der Pauschalsumme aufgegeben wird und daß man zu dem System der Jahreszahlungen, wie es in San Remo vorgeschlagen wurde, zurückkehren wird. Die Aufgabe unseres Unterhändlers ist lang und schwierig, und es ist wenig wahrscheinlich, daß das Datum des 21. Juni, das zuerst für die Konferenz von Spa festgesetzt wurde, auch einge- halten wird. Italien, das in der Konferenz des Obersten Rates am 28. April 1919 nicht vertre- ten war, in der festgesetzt wurde, in welchem Verhält- nis die deutschen Zahlungen zu leisten und wie sie unter den Mächten zu verteilen sind, die ein Anrecht auf die Biedergutmachungen haben, kündigt durch alle Zeitungen an, daß es den Teil, der ihm zuge- standen wird, nicht anerkennen kann. Es verlangt eine andere Teilung. Es stehen schwierige Debatten bevor.

Rundschau im Auslande.

Der französische Senat hat neue Steuerbeträge von 2,5 Milliarden Francs bewilligt.

In Schweden ist ein Bauernaufstand von den Bol- schewiken blutig niedergeschlagen worden. Hunderte von Bauern wurden getötet und viele Dörfer vollständig zer- stört.

Frankreich: Das deutsche Vorbild in Elsaß-Lothringen.

In der französischen Kammer wurde im Laufe der Budgetberatung über Elsaß-Lothringen gesprochen. Bei die- sem Anlaß erklärte Ministerpräsident Millerand, daß es ihm sehr schwer gewesen sei, die Verwaltung von Elsaß- Lothringen mit den verschiedenen Ministerien in Einklang zu bringen. Seit einigen Monaten seien jedoch einige Fortschritte gemacht worden in Bezug auf die Annähe- rung der beiden Gesetzgebungen. Man dürfe nicht glauben, daß die französische Gesetzgebung nun- mehr die Gesetzgebung von Elsaß-Lothringen in sich auf- nehmen solle. Im Gegenteil, die französische Gesetzgebung könne vieles von der anderen Gesetzgebung ler- nen, und es solle vielmehr ein Werk der gegenseitigen Durchdringung ins Auge. Der Generalkommissar für El- saß-Lothringen, Mappette, der der Sitzung beiwohnte, er- klarte, daß es sein Bestreben sei, daß die französische Ver- waltung nicht weniger wert sein dürfe als die deutsche Verwaltung.

Polen: Französische Waffenhilfe.

Nach zuverlässigen Meldungen hat Polen in der letz- ten Woche in Paris einen Schritt zur Veranlassung einer Intervention Frankreichs im polnisch-russischen Kriege unter- nommen. Es soll offen gesagt worden sein, daß Polen sich höchstens noch bis Ende Juni halten könne. Frankreich soll zugesichert haben, daß es so rasch als mög- lich 100 000 Mann, vorwiegend farbige Truppen, zur Ver- fügung stellen wolle. Es sei beabsichtigt gewesen, diese auf englischen Schiffen nach Danzig zu bringen und vor- dort an die Front. England habe jedoch die Verlegung der Tonnage abgelehnt mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Seemächte, die derartige Transporte verweigern. Nun soll versucht werden, die Zustimmung Deutschlands für den Durchmarsch der französischen Truppen zu ver- langen, doch zweifelt man daran, daß man diese bekom- men wird. — Nach einer polnischen Meldung aus Warschau soll General Brussilow, der erst kürzlich zum Oberkomman- dierenden der Sowjetarmee ernannt worden ist, verhaf- tet worden sein, da er schuld habe an den Verlusten seiner Truppen beim Uebergang über die Beresina, der auf seinen Befehl erfolgte. Nach Warschauer Meldungen unternehmen die Bolschewiken neue Vorstöße im Süden der Beresina. Ein verheerender Uebergang über den Fluß ist aber wiederum misslungen. Dagegen werden neue Kämpfe im Brückenkopf von Kiew gemeldet, dessen Vorstädte von bolschewistischer Artillerie stark beschossen werden.

England: Lord George über Krassin.

Der britische Ministerpräsident hat im Unterhaus auf einige Anfragen über die Verhandlungen mit den Bol- schewiken geantwortet. Als Preis der Unterredung erklärte Lord George, im Einvernehmen mit dem russischen Delegier- ten Mittel und Wege zu suchen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die von den Bolschewisten verlangten Entschädi-

gen, zu beheben. Vorläufig würden die Verhandlungen nur von der englischen Regierung geführt, denn es gebe einige sehr wichtige Fragen, die England vor allem mit den Russen regeln wolle. Die erste sei die Befreiung und die Heimkehr der unteren Gefangenen, weiter wolle die englische Regierung Garantien für die britischen Inter- essen im Orient, die bedroht sind, erreichen. Wenn diese beiden Punkte geregelt seien, könnten die Unterredungen mit den anderen Regierungen fortgesetzt werden. Die Ver- treter der französischen, italienischen und belgischen Re- gierung befinden sich übrigens auch in London. — Die erste Konferenz des interalliierten Wirtschaftsrats mit Krassin wird am nächsten Freitag stattfinden.

Griechenland: Das Volk verlangt die Rückkehr des Königs.

Nach Athener Meldungen begründete Benizelos das Verlangen nach Verhängung des Standrechtes über Vrihan mit den Gefahren, die der Republik drohen. Man erwar- tet, daß ein Volksbegehren für eine Rückkehr des von der Entente ausgewiesenen Königs Georg gestellt werden wird.

Die Wahl.

Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920.

	Zentr.	Demokr.	Deutsh. Volksp.	Wirtsch. Soj.	Unabh. Soj.	Dnat. Partei
Weissenheim I	395	127	103	252	260	9
" II.	459	97	96	141	199	17
Johannisberg	854	224	199	393	459	26
Winkel	343	21	46	204	116	—
Rüdesheim	563	189	22	311	216	16
Mittelheim	1149	246	360	351	120	16
Oestrich	130	26	4	27	33	14
Hattenheim	696	120	18	286	157	2
Erbach	324	36	28	78	10	4
Eltsville	430	110	59	116	169	11
Niederrad	879	227	181	206	186	129
Niederrad	376	83	39	137	97	57
Gibingen	385	2	4	82	22	1
Altmannshausen	375	25	42	83	12	—
Mühlhausen	214	3	3	66	—	1
Stephanshausen	161	1	—	19	—	—
Bresberg	274	2	2	39	—	—
Kiedrich	509	4	43	195	109	2
Rauenthal	292	11	5	170	8	—
Wiesbaden	6222	9915	14968	10251	6311	3528
Biebrich	1220	1328	1857	2256	2507	458
Schierstein	243	620	284	865	357	16
Frauenstein	340	2	12	284	156	—
Dohheim	144	289	265	715	1294	39
Hochheim	960	103	205	366	285	37

Frankfurt. Dnat. 16 568, Dvp. 26 060, Zentrum 19 371, Demokr. 26 049, Soziald. 48 440, USP. 29 978, RPD. 912.

Offenbach. Dnat. 2900, Dvp. 4300, Zentr. 4300, Demokr. 3500, Soj. 13 700, USP. 7500, RPD. 900.

Groß-Main. Dvp. 5551, Zentr. 13 547, Demokr. 7579, Soj. 16 416, USP. 7411.

Coblenz. Dnat. 1099, Dvp. 6518, Zentr. 10 726, Demokr. 917, Soj. 4133, USP. 2100.

Kreuznach. Dnat. 729, Dvp. 2902, Zentrum 1812, Demokr. 1343, Soj. 390, USP. 2701.

Potsdam. Dnat. 6190, Dvp. 12 500, Zentr. 2603, Demokr. 5849, Soj. 14 169, USP. 30 235, RPD. 1126.

Stettin. Dnat. 4496, Dvp. 12 324, Zentrum 588, Demokr. 2190, Soj. 8665, USP. 10 495, RPD. 446.

Berlin. Wirtsch. Vereinig. 23 942, Dnat. 111 700, Dvp. 141 291, Zentr. 31 301, Demokr. 64 543, Soj. 185 641, USP. 470 069, RPD. 15 169.

Breslau. Mittelf. Partei 6725, Dnat. 41 682, Dvp. 42 177, Zentr. 38 132, Demokr. 18 686, Soj. 111 220, USP. 21 917, RPD. 605.

Cassel. Dnat. 18 755, Dvp. 16 839, Zentrum 3680, Demokr. 10 251, Soj. 30 914, USP. 10 171, RPD. 122.

Köln. Chr. Volksp. 6 048, Dnat. 4446, Dvp. 23 048, Zentr. 60 454, Demokr. 6872, Soj. 46 179, USP. 21 754.

Medlenburg-Strelitz. Wirtsch. Bund 634, Dnat. 12 530, Dvp. 5810, Zentr. 198, Demokr. 8510, Soj. 18 265, USP. 4101, RPD. 1104.

Bommern. Reformpartei 1024, Dnat. 75 124, Dvp. 52 952, Zentr. 1029, Demokr. 14062, Soj. 34 505, USP. 30 357, RPD. 2345.

Hannover. Welsen 11 144, Dnat. 16 209, Dvp. 45 416, Dem. 10 156, Soj. 87 049, USP. 28 900, RPD. 1074.

Karlsruhe. Kommunisten 14 723 (—), Unabhängige 103 224 (—), Mehrheitssozialisten 185 800 (366 824), Demokr. 114 016 (226 636), Zentrum 327 119 (381 135), Liberale Volksp. 65 159 (—), Dnat. Sp. 112 866 (78 976).

Gesamtergebnis 922 907. Wahlbeteiligung 70—75 Prozent. Somit entfallen auf Baden 3 Sozialdemokraten (5), 1 Lib. Volksparteiler (—), 5 Zentrum (5), 2 Demokraten (3), 2 Deutschnationale (1), 1 Unabhängiger (—).

Dresden. Aus den drei sächsischen Wahlkreisen liegt folgendes Gesamtergebnis vor: Deutschnationale 343 300, Deutsche Volksp. 394 858, Zentrum 19 428, Demokraten 191 181, Sozialdemokraten 499 190, Unabhängige 528 091, Deutschsozial 3275. Laufziger Volkspartei 1947.

Stuttgart. Die Reichstagswahlen in Württemberg ergaben folgendes Resultat: Die Mehrheitssozialdemokraten erhielten 2 Sitze, die Unabhängigen 2 Sitze, die Bürger- partei einen Sitz, der Bauernbund 3 Sitze, die Demokraten 2 Sitze, das Zentrum 4 Sitze. Auf die bisherige Koalition entfielen 610 042 Stimmen gegen 521 085 Stimmen, welche auf die gesamte Opposition entfielen. Die Wahlbeteiligung war 76,7 Prozent. Württemberg war in der National- versammlung vertreten durch 7 Mehrheitssozialisten, einen Bürgerpartei, einen Bauernbündler, vier Demokraten und vier Zentrumsleute. Für den Reichstag stimmten in

Württemberg von 1 517 663 Wählern gültig ab 1 131 120. Die ungültige Stimmenzahl betrug 42 496. Diese über- raschend hohe Ziffer kommt daher, daß in einem Wahlgang für Reichstag und Landtag abgestimmt wurde und wodurch die großen Konfusionen entstanden. Abgesehen von den verteilten Sitzen bleiben noch etwa 250 000 Reststimmen, die auf den 35. Wahlkreis (Baden) gerechnet werden. Bei der Landtagswahl wurden abgegeben für die Mehrheits- sozialisten 175 994, für die Unabhängigen 145 228, für die Bürgerpartei 102 318, für den Bauernbund 193 680, für die deutsche Volkspartei 37 269, für die Kommunisten 33 178, für die Demokraten 161 175, für das Zentrum 247 102, zusammen 1 096 244 Stimmen. Bei der Verteilung der Listen werden auf 10 953 Stimmen ein Abgeordneter entfallen.

Das Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen.

Stuttgart. Nunmehr liegt auch das Resultat der württembergischen Landtagswahlen vor. Danach erhielten an Sitzen: Zentrum 23, Bauernbund 18, Sozialdemokraten 17, Demokraten 15, Unabhängige 14, Bürgerpartei 10, Deutsche Volkspartei 4. Zusammen 101. Die bisherige Mehrheitskoalition besteht also weiter mit 55 gegen 46 Sitzen. Der Unterschied ist nur der, daß das Zentrum in der Koalition nunmehr die stärkste Fraktion ist. Eine weitere Frage ist die, ob jetzt nicht auch Bauernbund und Bürger- partei, die als eine Fraktion gelten können, Anspruch darauf erheben, den Präsidenten zu stellen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 8. Juni. Das vorläufige Ergebnis aus 81 Wahlkreisen, es steht noch aus Wahlkreis 17 (Hannover- Ost) beträgt für die Mehrheitssozialdemokraten 4 721 000, Unabhängigen 4 123 000, Deutsche Volkspartei 3 178 000, Zentrum 2 720 000, Deutschnationale Volkspartei 2 673 000, Demokraten 1 996 000, Bayerische Volkspartei 794 287, Kommunisten 398 272. Danach entfallen auf die Mehr- heitssozialisten, einschließlich der Mandate aus dem Ab- stimmungsgebiet 18, 96 Mandate

die Unabhängigen 68 „
die Deutsche Volkspartei einschließlich 2, 54 „
das Zentrum einschließlich 9, 54 „
die Deutschnationalen einschließlich 4, 48 „
die Demokraten einschließlich 9, 43 „
die bayerische Volkspartei 13 „
die Kommunisten 6 „

Die Gesamtzahl der im Reiche abgegebenen Stimmen beträgt nach den bisherigen Feststellungen 21 584 000.

TU Berlin, 8. Juni. Je mehr das Wahlergebnis sich klärt, desto größer erscheinen die Schwierigkeiten für die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit und die führenden Berliner Parteiblätter lassen durchaus nicht die Neigung erkennen, der namentlich aus außenpolitischen Gründen notwendigen ungeäußerten Schaffung einer regie- rungsfähigen Mehrheit das Wort zu reden und dazu die Mitarbeit ihrer Partei in Aussicht zu stellen. Die Unabh- hängigen lehnen die vom „Vorwärts“ erwartete Mitarbeit an der Regierung entschieden ab.

So schreibt die „Freiheit“: Die deutschen bestehenden Kreise haben am 6. Juni ein Bekenntnis abgelegt, das ihrer wirklichen Gesinnung weitaus mehr entspricht, als das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Sie haben gewählt und nun mögen sie die Verantwortlichkeit tragen, sie mögen nun den Versuch machen, um zu zeigen, wie sie jene „herrlichen Zeiten“ herbeiführen wollen, die sie bei den Wahlen in Aussicht gestellt haben.

Der „Vorwärts“ ist nicht damit einverstanden, der Deutschen Volkspartei „den Rücken herzuhalten“, damit sie zur Macht emporsteigen kann. So wie bisher gehe es auf keinen Fall weiter, daß die Sozialdemokratie die not- wendige Grobe Arbeit für den Sozialismus und Arbeiter- bewegung leistet und dafür die Prügel einsteckt, die ihr von einer sehr ungnädigen „Gnädigen“ verabreicht werden.

Das „Berliner Tageblatt“ äußert sich, daß die Deutsche Demokratische Partei nicht in mindestens den Wunsch haben kann, an irgend einer Regierung teilzunehmen, in der sie nur als „Besiegter“ angefahren werden würde oder sogar mit Persönlichkeiten zusammenarbeiten müßte, die sich durch eine unanständige und unehrliche Belämpfung der Demokratie in die Höhe gerungen haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Würde die Sozialdemokratie aus den vernichtenden Mißerfolgen ihrer bisherigen Politik die rechte Lehre ziehen, dann läge die Möglichkeit vor, eine Regierung des Wiederaufbaues auf breiter Grundlage zu bilden, die schließlich nicht streng parteimäßig gebunden zu sein brauchte. Ueber diese Mög- lichkeit des näheren zu sprechen ist aber der Augenblick noch nicht gekommen. Was die Deutschnationalen anlangt, so möge nach wie vor für sie die doppelte Parole gegeben sein: Sie sind eine Partei der positiven Macht, aber für sie gilt zugleich das Wort: „Wir laufen niemand nach“.

Locales und Provinzielles.

L. Weissenheim, 7. Juni. Das Ergebnis der Wahl zum deutschen Reichstage erbrachte in unserer Stadt folgende Zahlen (wobei wir die Ergebnisse der vorjährigen Wahlen zur Nationalversammlung zum Vergleich in Klammern hinzu setzen):

	26 (—)	26
Deutschnationale Volkspartei	189 (96)	93
Deutsche Volkspartei	224 (223)	1
Deutsche demokratische Partei	854 (962)	108
Zentrum	393 (854)	461
Sozialdemokratische Partei	459 (6)	453
Unabhängige Sozialdemokr. Partei	2145 (2141)	4

Gültige Stimmen insgesamt: 2712 (2362) + 350

Eingetragene Wähler: 568 (221) + 347

Partei der Nichtwähler: 79,05% (90,64%) — 11,59%

Wahlbeteiligung: Im Einzelnen zeigen die Ergebnisse folgendes Bild:

Bekanntmachung

Für das Jahr 1920 findet eine
Erhebung
der Getreide- und Kartoffel-Anbauflächen
statt.

Zur Angabe der Anbaufläche sind verpflichtet
die Bewirtschafter (Betriebsinhaber) der Grund-
stücke. Sie haben über den Anbau und die
Größe der beplanten Flächen alle geforderten
Auskünfte gewissenhaft und wahrheitsgemäß
zu erteilen.

Dieselben werden aufgefordert, zur Fest-
stellung der Flächen, am **Mittwoch den 9.**
und **Donnerstag den 10. Juni** im **Wirt-
schaftsamt, Marktstr. 5** zu erscheinen und zwar
die Bewirtschafter (Betriebsinhaber) deren
Familiennamen beginnt mit:

A-B	am Mittwoch	von 2-3 Uhr	nachm.
C-E	"	" 3-4 "	"
F-H	"	" 4-5 "	"
I-K	Donnerstag	" 8-9 "	vorm.
L-N	"	" 9-10 "	"
O-Q	"	" 10-11 "	"
R-S	"	" 11-12 "	"
T-V	"	" 2-3 "	nachm.
W-Z	"	" 3-4 "	"

Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er
nach den zu ihrer Ausführung erlassenen Be-
stimmungen verpflichtet ist, nicht oder wissent-
lich unrichtig oder unvollständig macht, oder
wer der Verordnung zuwider das Betreten der
Grundstücke oder die Einsicht in die Geschäfts-
bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu
sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu
zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen
bestraft.

Geisenheim, den 7. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

**Gewährung von Reichsdarlehen zur
Beschaffung neuer Wohnungen.**

Die in Nr. 44 der Ausführungsbestimmungen des
Reichsarbeitsministers vom 22. Januar d. Js. zu den
Bestimmungen des Reichsrats vom 10. Januar d. Js.
über die Gewährung von Darlehen zur Schaffung neuer
Wohnungen vorgesehene Frist wird durch Erlass des Herrn
Ministers für Volkswohlfahrt vom 8. Mai d. Js. II. 13.
Nr. 380 auf 6 Monate erweitert worden. Demnach
läuft die Frist zur Stellung von Anträgen auf Bewilli-
gung eines Reichsdarlehens für bereits vor Inkrafttreten
der Bestimmungen begonnene oder fertiggestellte Bauten
mit dem 24. Juli 1920 ab.

Baulustige Personen und Unternehmungen werden
ersucht, von der Möglichkeit der Inanspruchnahme von
Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen noch
jetzt weitestgehenden Gebrauch zu machen. Die einschlägigen
Vorschriften und Auskünfte können beim Kreisaußschuß,
Zimmer Nr. 16 des Kreishauses, während der Dienst-
stunden eingeholt werden.

gez. Mülhens.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 4. Juni 1920.

Der Magistrat.

J. B.: Glod.

Bekanntmachung.

Am **Donnerstag Nachmittag von 2-4 Uhr**
kommt im Rathaus das bestellte aber bis jetzt noch
nicht abgeholte

Kupfervitriol

zur Ausgabe. Bezugsscheine werden vorher im Wirt-
schaftsamt ausgegeben.

Geisenheim, den 7. Juni 1920.

Der Magistrat.

Offerierte jede Woche frische
Seefische.

Bestellungen nehme laufend entgegen zu
den billigsten Tagespreisen.

Warenhaus Karl Mittel.

Die Gewinn- und Verlosungs-Ziehung der Deutschen Spar-Prämienanleihe 1919

findet am **1. Juli** statt

Zur Verlosung kommen:

2 000 Gewinne (1000 bis 1 000 000 M.)	= M. 20 000 000
20 000 Auslosungen mit Bonus (1050+1000 M.)	= M. 41 000 000
20 000 Auslosungen à 1050 M.	= M. 21 000 000
	M. 82 000 000

Die Prämienstücke zu 1000 M. nominal sind zum Tageskurse durch jedes Geldinstitut zu beziehen und werden
durch die Darlehenskassen des Reichs mit 85% des Börsenkurses ohne Schmälerung der Rechte der Besitzer zum
Darlehenskassenzinssatz (5 1/2%) beilehen

Reichsfinanzministerium (Anleihestelle)

Wiesbadener-Mainzer Operetten-Gastspiel

Direktion: Haas-Graef.

Sonntag den 13. Juni 1920, abends 8 Uhr
im „Deutschen Haus“ zu Geisenheim

Die Rose v. Stambul

Operette in 3 Akten von Julius Brammer und Alfred Grünwald.
Musik von Leo Fall. Musikalische Leitung: Herr Kapellmeister
König. Spielleitung: Max Haas.

Eintrittspreise:

I. Platz (num.) Mk. 6.—. II. Platz (num.) Mk. 4.50. Galerie Mk. 3.50.

Vorverkauf:

in Geisenheim in den Buchhandlungen P. Hillen und
W. A. Ostern, Cigarrengeschäft Mart. Simon, Friseur
Jean Reutershan.

in Rüdesheim: bei Herrn Fischer & Metz, ebenso eine
Stunde vorher an der Abendkasse.

Hotel Restaurant, Café
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Zum
Selbstbesohlen

empfehle

Gohl-Leder

im Auschnitt zum billigen
Tagespreis.

B. Rieslich

Landstraße Nr. 23.

**Elektrisches
Installations-
Geschäft**

für Licht und Kraftanlagen

Wilb. Kublmann
Hospitalstrasse 11.

Westdeutsche Samenbau und
Großhandlung G. m. b. H.
empfiehlt

sämtl. Sämereien

in ihrer Niederlage bei
Peter Josef Klein
Geisenheim, Steinhelmstr.

H. Laursweiler
Bingen a. Rh., Salzstr. 5.
Wegen vorgerückter
Saison
sind die Preise sämtlicher
Damen-Hüte
garniert und ungarniert
ganz bedeutend herabgesetzt.

Wir suchen zum sofortigen Ein-
tritt einen braven jungen Mann als
Kassenboten

Geeignete Bewerber wollen sich,
unter Darlegung der Gehaltsansprüche,
schriftlich bei uns melden.

Rheinische Volksbank, e. G.
m. b. H.
Geisenheim a. Rh.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9-1 Uhr und von 3-6 Uhr.

Sonntags von 9-12 Uhr.



Warum ist er so schnell
geflohen?
Erdal ist wieder eingetroffen!

Schuhputz

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz